

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 14. März 2016

Polizei- und Militärdirektion

8 2015.POM.288 Kreditgeschäft

Amt für Migration und Personenstand (MIP); Finanzierung der Unterbringung und Betreuung von zusätzlichen unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden (UMA) im Jahr 2015. Zweiter Zusatzkredit 2015 zum wiederkehrenden Verpflichtungskredit 2015 bis 2016 / Ausgabenbewilligung / Objektkredit

Beilage Nr. 09, RRB 120/2016

Präsident. Wir kommen zum nächsten Kreditgeschäft der POM. Auch dieses Geschäft wurde von der SiK vorberaten. Wir führen eine freie Debatte mit fakultativem Finanzreferendum. Für die Kommissionsmehrheit wird sich Herr Grossrat Wenger, der Präsident der SiK, äussern und für die Kommissionsminderheit Herr Grossrat Knutti.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Kommissionspräsident der SiK. Der Begriff «Zusatzkredit» hat in der Kommission und später auch in der Diskussion etwas für Verwirrung gesorgt. Weshalb ist dies ein Zusatz- und kein Nachtragskredit, denn das Geld ist ja ausgegeben? Der Grund dafür ist, dass im letzten Jahr in dem Kontobereich, in dem dies gebucht wird, genug Geld zur Verfügung stand, und deshalb braucht es keinen Nachtragskredit. Vielmehr braucht es für diesen Bereich, von dem wir sprechen, eben einen Zusatzkredit. Wichtig ist aber tatsächlich, dass das Geld ausgegeben ist, und deshalb führen wir heute eigentlich auch nicht eine Asyldebatte, sondern wir beurteilen, ob diese Ausgaben nach dem Willen des Grossen Rats getätigt wurden oder nicht. Der Grosse Rat hat im September 2014 den ersten Kredit genehmigt und somit dem MIP den Auftrag gegeben, mit diesen 171 Franken pro UMA, abzüglich 36.50 Franken, die vom Bund kommen, entsprechend die Umsetzung vorzunehmen. In der Märzsession 2015 haben wir mit demselben Willen und denselben Zahlen nochmals einem nächsten Kredit zugestimmt. Bezüglich des Auftrags zur Ausführung für das MIP und die POM war also klar, was der Grosse Rat will. Das Einzige, was sich dauernd verändert hat – und das führt zu der unschönen Situation, dass wir dieses Geschäft heute zum dritten Mal beraten –, ist die Menge. Im ersten Kredit hatten wir 72 UMA budgetiert. Beim zweiten Mal, im März 2015, hat man diese Zahl auf 140 erhöht, und gegen Ende des letzten Jahres hatte man einen Durchschnitt von 226. Dies vor allem, weil im letzten Quartal die Unterkünfte praktisch geflutet wurden und uns damit per 31. Dezember des letzten Jahres sage und schreibe 458 UMA anvertraut waren.

Sie haben drei Knöpfe vor sich: einen roten, einen weissen und einen grünen. Diese Knöpfe haben im vorliegenden Geschäft eine etwas andere Bedeutung, als wenn es darum geht, was für einen Auftrag wir der Regierung geben wollen. Wenn Sie nämlich finden, die Verwaltung habe richtig gehandelt und das Geld im Interesse und im Sinne des Grossen Rats ausgegeben, drücken Sie bitte den grünen Knopf. Ich habe Verständnis dafür, wenn der eine oder andere unter Ihnen, der dem Kredit anfänglich nicht zugestimmt hat und nun diesen Schritt nicht tun kann, den weissen Knopf drückt und sich der Stimme enthält. Rot zu drücken würde aber bedeuten, dass Sie nicht akzeptieren und nicht damit einverstanden sind, was das MIP gemacht hat. Das wäre relativ speziell, weil unser Amt in der Presse gerade eine sehr gute Rückmeldung bekommen hat; nämlich dann, als Minderjährige quasi verlorengegangen sind. Mehrere tausend Kinder und Jugendliche sind auf ihrer Flucht an ihren Zielorten verschwunden. Im Kanton Bern waren es deren drei, und bei allen wusste man mehr oder weniger klar, was geschehen war. An dieser Stelle möchte ich unseren Verantwortlichen dafür danken, dass sie so gut zu dieser Sache schauen und dies entsprechend im Griff ha-

ben. Denn dass sie die Kosten nicht im Griff haben, ist nicht ihre Schuld. Dass so viel mehr Kinder und Minderjährige zu uns gekommen sind, dafür sind nicht die Regierung oder das MIP verantwortlich. Es ist vielmehr eine Tatsache, die durch diese Völkerwanderungen ausgelöst wurde, mit welchen wir auch in Zukunft konfrontiert sein werden. Die Kommissionsmehrheit, 9 Mitglieder, haben dem Kredit daher auch zugestimmt. 8 Mitglieder hatten eine andere Meinung. Wir bitten Sie also, wenn es darauf ankommt, den grünen Knopf zu drücken.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP), Sprecher der Kommissionsminderheit der SiK. Ich nehme es vorweg: Ich bin dafür, dass der rote Knopf gedrückt wird. Ich hatte es eigentlich gut bei diesem Geschäft, konnte ich doch praktisch dasselbe Manuskript nochmals hervorheben, das ich am 17. März 2015 verwendete, als wir den Zusatzkredit von 3,3 Mio. Franken gesprochen haben. Aber ich werde Ihnen die Argumente selbstverständlich gerne nochmals in Erinnerung rufen. Die Befriedigung an diesem Geschäft für die SVP ist – auch wenn wir von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, nicht erhört werden –, dass wir mit unseren Argumenten zu 100 Prozent Recht erhalten und dem Kanton Bern wegen der Spezialisierung überdurchschnittlich viele UMA zugewiesen werden. Herr Grossrat Moser wird Ihnen dazu noch genauere Erläuterungen liefern. Jetzt aber zur Erinnerung: Die Schweiz hat eine lange Tradition bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Zu diesen Grundsätzen steht die SVP immer noch, trotz der angespannten Situation. Wenn aber jeder, der in unser Land kommt, auch hierbleiben darf, egal, ob er Anspruch auf Asyl hat, dann können wir nicht mehr mithelfen. Deshalb sind wir der Meinung, wir müssten die Handbremse ziehen.

Im Jahr 2015 haben 39 523 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt. 15 758 mehr, als im Jahr 2014, als es 23 765 Gesuche waren. Das entspricht einer Zunahme von 66,3 Prozent. Dieser Anstieg ist die Folge einer in diesem Ausmass noch nie dagewesenen Migrationsbewegung von Personen aus dem nahen und mittleren Osten nach Europa. Im Januar 2015 wurden dem Kanton Bern 3 UMA zugewiesen. Im Januar 2016 waren es bereits 34 UMA, und aktuell, bis Mitte Februar, waren es auch wieder 18. Wenn ich jetzt einen Durchschnitt von monatlich 30 UMA nehme, so werden uns bis Ende Jahr wieder rund 360 jüngere Asylbewerber zugeteilt. Wenn wir also dieses Jahr – und so wird es ja vermutlich auch kommen – unsere UMA weiterhin mit dem Programm der Spezialisierung betreuen, entstehen uns Kosten von rund 21 Mio. Franken. Im Zentrum Bäregg werden laut unseren Angaben 140 UMA betreut. Davon sind aktuell 10 UMA unter 10 Jahre alt. Und genau diese Kinder, geschätzte Frauen und Männer, brauchen den bestmöglichen Schutz. Diesen Vorschlag, den die SVP ja beim letzten Zusatzkredit gemacht hatte, haben Sie leider abgelehnt. Wir sehen keine andere Möglichkeit, als die älteren Jugendlichen in den ordentlichen Asylstrukturen zu betreuen, und ich bitte die Verantwortlichen, diesen Vorschlag nicht länger zu torpedieren. Es wäre ja schön, wenn die finanziellen Mittel vorhanden wären, um für einen Asylsuchenden über 5000 Franken im Monat auszugeben. Dazu kommt, dass von den aktuell 482 betreuten UMA 363 aus Eritrea stammen, und 147 davon sind Siebzehnjährige. In Eritrea herrscht ja notabene kein Krieg. Die Minderheit der Kommission, die diesen Zusatzkredit abgelehnt hat, ist sofort bereit, für die jüngsten, schutzbedürftigen Kinder Geld zu sprechen. Genau diese Kinder, die bis ca. 14 Jahre alt sind, haben diesen Schutz auch verdient. Deshalb bitte ich Sie jetzt, diesen Kredit abzulehnen, damit man unseren Vorschlag ernsthaft prüfen kann und nicht weiterhin falsche Anreize und Signale ausgesendet werden.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Ich nehme es vorweg: Die BDP wird dem Zusatzkredit zustimmen. Dass wir in den letzten Jahren zunehmende Migrationsströme haben, dass wir Völkerwanderungen haben und dass Menschen aus Krisengebieten bei uns in der Schweiz, aber auch im europäischen Umland Schutz suchen, ist nichts Neues. Auch wir im Kanton Bern müssen uns damit abfinden, dass diese gesellschaftlichen Veränderungen geschehen. Wir können sie nicht einfach wegdiskutieren und ihnen aus dem Weg gehen, indem wir sagen, wir würden nun Geld, das bereits für die Unterstützung solcher Leute ausgegeben worden ist, nicht bewilligen. Man muss auch betrachten, um was für Leute es sich dabei handelt. Wenn ich Herrn Knutti zugehört habe, so ist dies vor allem eine finanzpolitische Angelegenheit, für ihn aber eigentlich wohl auch eine asylpolitische Angelegenheit. Es geht hier um Kinder! Es geht um Minderjährige unter 18 Jahren, und gemäss unseren gesetzlichen Grundlagen in der Schweiz sind alle unter 18-Jährigen nicht erwachsen. Es sind eigentlich «armi Cheibe», die hierher kommen. Sie kommen ohne Eltern, ohne Freunde, ohne Bekannte und sind hier in einem völlig neuen Land, in dem sie sich irgendwie zurechtfinden müssen. Wir haben in diesem Parlament gesagt, der Kanton Bern müsse sie im Rahmen der ge-

setzlichen Grundlagen betreuen, und das wurde auch gemacht. Was wir aber nicht erahnen konnten, war, dass innerhalb eines Jahres dermassen viele gekommen sind. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen. Es bringt effektiv nichts, wenn wir jetzt hier populistisch die Keule schwingen und sagen, wir lehnten den Kredit ab, weil man etwas gegen die Asylströme machen müsse. Es bringt aus unserer Optik auch nichts, wenn man versucht, gemäss schweizerischen Gesetzen eine Rechtsungleichheit zu konstruieren, indem man sagt, alle über 18 Jahren seien erwachsen und diejenigen unter 18 Jahren nicht, ausser bei Asylantinnen und Asylanten. Das ist aus unserer Optik kein haltbarer Zustand.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, dem Zusatzkredit zuzustimmen. Man muss sicher irgendwann einmal noch eine andere Frage klären, und hier folgt nun auch ein kritisches Votum von unserer Seite. Es gibt etliche Organisationen, aber auch Personen, die im gesamten Asylbereich, in der Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern, sehr viel Geld verdienen. Es wäre daher durchaus sinnvoll, einmal zu überprüfen, ob man hier zu anderen Lösungen kommen könnte, die günstiger wären. Aber das muss vonseiten des Bundes gemacht werden, und dies geschieht hoffentlich auch im Rahmen des neuen Asylgesetzes, über das wir im Sommer abstimmen werden.

Meret Schindler, Bern (SP). Wir alle sehen, dass wir vor grossen Herausforderungen stehen, wenn wir die Flüchtlingsströme beobachten. Schon 2015 war dies ausgeprägt. Der Nachkredit ist nötig, weil doch deutlich mehr Leute – und eben vor allem auch UMA – gekommen sind, als wir damit gerechnet hatten. Die Art der Unterbringung ist vom Grossen Rat bis ins Jahr 2019 beschlossen worden, deshalb können wir diesem Kredit auch bedenkenlos zustimmen. Denn es ist ja ganz klar: Wenn man mehr Leute zu denselben Konditionen unterbringt, dann kostet dies halt einfach mehr Geld. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion stimmt dem Zusatzkredit zu.

Noch etwas an die Adresse der SVP: Bei diesem Kredit geht es um Geld, das bereits ausgegeben wurde. Wenn wir ihn nun ablehnen, ändern wir damit nicht ein Unterbringungssystem. Und wenn ihr Kinder nicht als solche anerkennen wollt, weil sie bereits 15 oder 16 Jahre alt sind, stellt sich die Frage: Welcher Schweizer «Gieu» und welches Schweizer «Modi» ist in diesem Alter schon fähig, sein Leben selber zu finanzieren? Wir sehen das nicht so. Ich glaube dagegen, dass Jugendliche beispielsweise fähig wären, sich politisch zu engagieren. Wenn wir also dereinst über ein Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren sprechen, können wir dies dann wieder diskutieren.

Patrick Gsteiger, Eschert (EVP). Contrairement aux prévisions, le nombre de RMNA séjournant dans le canton de Berne a donc fortement augmenté en 2015. Des dépenses complémentaires ont été consacrées à l'hébergement de ces jeunes gens et nous sommes maintenant appelés à voter un second crédit complémentaire. Le parti évangélique est favorable à ce crédit, parce qu'il soutient la ligne suivie par le Conseil-exécutif. Conseil-exécutif qui veut garantir la stabilité sociale, qui veut protéger contre les persécutions, qui veut encourager à la formation, etc. Il faut de bonnes conditions pour l'hébergement et la prise en charge de ces jeunes, sinon ils disparaissent dans la nature en Europe, et ainsi ils s'exposent aux dealers, ils s'exposent à la prostitution forcée – et c'est notamment valable pour les filles et les jeunes femmes – et ceux-là arrivent aussi en Suisse. Au parti évangélique, nous condamnons le réflexe qui voudrait que l'on traite les RMNA comme des migrants ordinaires et non comme des enfants. Nous appuierons donc sur le bouton vert pour montrer notre approbation à la politique que le gouvernement mène actuellement en la matière. Merci d'en faire de même.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Der Minderheitssprecher der SiK hat es zustande gebracht, dass wir hier eine Asyldebatte führen, und das möchte die glp nicht. Es geht hier einzig und allein um 4,2 Mio. Franken; Geld, das bereits ausgegeben wurde. Betreiben wir hier also bitte nicht Populismus, denn es geht um Geld, das bereits weg ist. Die glp war ebenfalls verwundert, weshalb wir hier von einem Zusatz- und nicht von einem Nachtragskredit sprechen. Sowohl in der Kommissionssitzung wie vorhin auch vom Präsidenten wurde dieser Punkt jedoch geklärt. Für die glp ist es aber sehr wichtig, in die Zukunft zu schauen. Auch uns ist es ganz sicher nicht wohl dabei, wenn man immer wieder mit Nachtrags- oder Zusatzkrediten in den Rat kommen muss. Wir möchten, dass wir im Rat entweder im Juni oder im September eine konkrete Kreditvorlage erhalten, mit möglichst genauen Schätzungen. Ich spreche von möglichst genauen Schätzungen, weil ich weiss, dass es nicht möglich ist, auf den oder die UMA genau zu wissen, wie viele kommen werden. Wir möchten aber nicht im nächsten Jahr wiederum von einem dritten Zusatzkredit überrumpelt werden, zu dem wir einfach wieder nur noch ja sagen können. Die glp bittet Sie also, diesem Zusatzkredit zu-

zustimmen. Das Geld ist weg, und wir kommen auf eine konkretere Summe für das Jahr 2016 zurück, wenn dies in der SiK behandelt wurde und uns entsprechend vorgelegt wird.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Jetzt hören Sie wieder eine etwas andere Meinung als jene der letzten Vorredner. Vom Minderheitssprecher der SiK haben Sie bereits einiges darüber gehört, wie es in unserer Fraktion aussieht. Wie bereits mehrfach erwähnt wurde, haben wir bisher bereits 6,9 Mio. Franken als Kredit bewilligt in diesem Rat, und nun ginge es also darum, noch 4,2 Mio. Franken mehr zu bewilligen. Dies weil es nun eben offenbar nicht reicht. Es hiess zwar seitens des Kommissionspräsidenten, dass es wahrscheinlich gereicht hätte; es sei eigentlich bezahlt und erledigt. Deshalb halte ich es erst recht für richtig, dass wir nochmals darüber diskutieren können. Weshalb ist die SVP-Fraktion dagegen? Es gibt verschiedene Gründe. Erstens haben wir schon mehrmals gefragt, weshalb die Unterbringung der Asylanten so viel kostet. – Oder meinetwegen auch die Unterbringung der Flüchtlinge; ich weiss bald nicht mehr, wie man sie nennen soll; darauf komme ich später noch zurück. Eritrea wurde genannt. Gemäss den Zahlen des eidgenössischen Migrationsdienstes sehen wir, dass der grösste Teil der Leute aus Eritrea kommt. Und die Minderjährigen, welche aus Eritrea hierher kommen, sind sicher nicht mehr so unselbständig, dass es nicht möglich wäre, wenigstens einmal zu prüfen, ob man sie nicht bei den Erwachsenen unterbringen könnte. Dabei geht es vor allem auch um Folgendes: 66 Prozent dieser UMA sind 16- bis 17-Jährige, und davon sind 82 Prozent männlich. Das sollte man vielleicht auch nicht ganz ausser Acht lassen. Dies sind Gründe, weshalb wir hier sicher nicht dazu stehen können.

Etwas Weiteres kommt dazu: Im Jahr 2015 hatten wir insgesamt 2736 UMA in der Schweiz. Von diesen waren im Durchschnitt 226 im Kanton Bern. Wir haben 14,1 Mio. Franken ausgegeben. Wenn man das ausrechnet, ergibt dies pro UMA 62 415 Franken. Davon wurden 3 Mio. Franken vom Bund bezahlt. Wenn ich die neusten Zahlen per 4. März für den Kanton Bern anschau, so sind es 432 UMA und 44 UMF. Zu den Letzteren möchte ich dann vom Herrn Regierungspräsidenten noch etwas wissen. Rechnet man dies um mit den genannten 62 000 Franken, so ergibt das für 2016 eine Zahl, die bereits über 20 Mio. Franken liegt. Irgendwann wird dann der Punkt kommen, wo wir uns das einfach gar nicht mehr leisten können. Wenn Sie Kinder haben, bedenken Sie, wieviel diese kosten: Selbst wenn wir die Schule dazunehmen, reicht das einfach nicht an diese Zahlen heran.

Ich spreche nun nochmals über die Luxuslösung – ich muss diese einfach so nennen –, die wir im Kanton Bern anbieten. Diese Speziallösung mag für Kinder gut sein. Aber wir müssen einfach auch Folgendes sehen: Ich habe als Vergleich die UMA-Zahlen vom 9. März aus dem Kanton Zürich. Dort sind 397 UMA registriert. Im Kanton Bern waren es, wie gesagt, am 4. März 432 UMA und 44 UMF, so genannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Und hier komme ich noch zu meiner Frage an den Regierungspräsidenten, nämlich was denn der grosse Unterschied ist zwischen minderjährigen Flüchtlingen und minderjährigen Asylanten. Aus all diesen Gründen möchte ich Sie bitten, gleich zu stimmen wie die SVP, nämlich mit nein. Unsere Fraktion wird dies einstimmig tun.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Im neuen Bericht von Control Arm Koalition und Amnesty International wurde unter anderen Ländern auch der Schweiz vorgeworfen, dass sie, gemeinsam mit anderen Staaten – darunter Frankreich, Italien, Türkei und USA –, Waffen im Betrag von über 25 Mrd. Franken nach Saudi-Arabien verkauft hat; darunter Drohnen, Bomben, Torpedos und Raketen. Diese Waffen setzen Saudi-Arabien und seine Alliierten derzeit in Jemen ein. Dabei kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen. Wo Waffen verkauft werden, gibt es Krieg. Wo es Krieg gibt, gibt es Flüchtlinge, und darunter sind auch Kinder und Jugendliche. Diese Waffenexporte nicht zu stoppen und gleichzeitig die geflüchteten Kinder nicht kindgerecht betreuen zu wollen, ist zynisch. Wir haben im letzten Jahr entschieden, die Kinder und Jugendlichen «spezialisiert» unterzubringen; das heisst, weder in einem «normalen» Kinder und Jugendheim – dort würde nämlich ein Platz mehr als 600 Franken kosten –, noch in einem Asylzentrum mit Erwachsenen, in dem sie nicht geschützt wären, sondern in Institutionen, die für UMA spezialisiert sind. Die letzten Kredite wurden zunächst für 72, dann für 140 UMA gesprochen, und schliesslich waren 2015 im Durchschnitt 226 UMA im Kanton Bern untergebracht. Jetzt braucht es halt mehr Geld. Man kann auch nicht sparen, indem man UMA mit 14 oder 16 Jahren für erwachsen erklärt. Hier in der Schweiz wird man nun einmal mit 18 Jahren volljährig, und das gilt für alle. Die grüne Fraktion ist einstimmig für diesen Kredit.

Philippe Müller, Bern (FDP). Ich erinnere daran, dass der Kanton Bern hier eine ausführende Auf-

gabe wahrnimmt. Es ist nicht der Kanton Bern, der bestimmt, wie viele Flüchtlinge in die Schweiz und in den Kanton Bern kommen und demnach auch nicht, wie viele UMA kommen. Die Aussage von Thomas Knutti, man müsse jetzt die Handbremse ziehen, ist nicht korrekt, und zwar in mehrfacher Hinsicht nicht. Erstens kommt kein einziger Flüchtling oder Asylsuchender und vor allem kein einziger UMA weniger in den Kanton Bern, wenn wir diesen Kredit für 2015–2016 ablehnen. Zweitens kommt auch deshalb nicht ein UMA weniger, wenn wir den Zusatzkredit ablehnen, weil das Geld bereits ausgegeben ist. Drittens bringt es nichts, bei einem solchen Kredit eine Grundsatzdebatte loszutreten. Das haben wir soeben im Votum von Frau Machado gehört, die dies auch für andere Themen missbraucht hat. Die Handbremse wird heute also ohnehin nicht gezogen werden. Wenn man etwas ändern will, dann nur für die Zukunft. Ich erinnere aber daran, dass der Grosse Rat dem heute praktizierten System der Betreuung der UMA zugestimmt hat. Diese Frage kann man aufwerfen, aber wenn man das will, muss man es für die Zukunft tun. Hier bringt es nichts. Im Weiteren erinnere ich auch daran, dass es im Jahr 2019 ohnehin eine Änderung geben wird, was Struktur und Zuständigkeiten anbelangt. Die FDP sagt ja zu diesem Kredit und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun.

Präsident. Nachdem sich alle Fraktionen geäußert haben, hat Frau Grossrätin Brunner als Einzelsprecherin das Wort.

Ursula E. Brunner, Hinterkappelen (SP). Was wir vorhin von Werner Moser bezüglich der angeblichen Kosten gehört haben, hat mich nach vorne geholt. Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Wir haben im Kanton Bern eine Vollkostenrechnung. Das ist beim Kanton Zürich nicht so. Vielleicht ist es bei der SVP gut möglich, Äpfel mit Himbeeren zu vergleichen, aber in den Finanzen sollte man dies nicht unbedingt tun. Dem Finanz- und Fremdenargument der SVP möchte ich ganz klar entgegensetzen, dass es um die Erfüllung eines humanitären Anspruchs geht, den unser Land hat. Und ein humanitärer Anspruch kostet etwas, das müssen wir nicht nur ganz verschämt sagen. Wir dürfen es vielmehr laut und klar sagen: Jawohl, ein humanitärer Anspruch kostet etwas, er ist etwas wert! Wir investieren in die Zukunft von heute jungen Menschen, und auch das ist etwas wert. Es gibt einen solchen Anspruch aus internationalen Konventionen und von nationalen Gesetzen. Das Asylgesetz der Schweiz schreibt ganz klar vor, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge prioritär zu behandeln seien. Der Kanton Bern tut dies auf eine sehr gute, vorbildliche Weise, und ich danke allen Beteiligten und insbesondere auch unserem Polizei- und Militärdirektor dafür, wie dies in unserem Kanton gemacht wird. Tragen wir Sorge dazu! Bitte stimmen Sie diesem Kreditgeschäft ganz klar zu.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Ich sage zum Geschäft selber eigentlich nichts. Der Kommissionspräsident hat dies alles dargestellt. Ich nehme Stellung zu zwei Anliegen von Votanten. Herr Grossrat Grimm hat angesprochen – und das verstehe ich sehr gut –, dass es möglich sein sollte, längerfristig einen finanziellen Rahmen festzulegen, der dann auch einigermaßen standhält. Es ist natürlich unschön, wenn man feststellt, dass der Finanzrahmen, den man rund um einen Grossratsbeschluss abgeholt hat, dann in diesem Umfang nicht ausreicht. Da geht es mir nicht anders als Ihnen. Wir planen, einen Rahmenkredit Asyl einzubringen. Er wird derzeit erarbeitet und kommt dann direkt vor oder nach den Sommerferien in die SiK, mit dem Ziel, dass er in der Septembersession hier im Rat behandelt werden kann. Die Idee dahinter ist, alle asylrelevanten Bereiche darin einzubinden. Dies, weil wir einfach keine solche «Pflasterlipolitik» betreiben wollen, als die das Vorgehen verständlicherweise von Ihnen wahrgenommen wird. Ich bitte einfach um Verständnis darum, dass der vorliegende Zusatzkredit jetzt nötig ist, weil das Geld ja ausgegeben worden ist, und zwar basierend auf dem entsprechenden Grossratsbeschluss. Und diesen halte ich immer noch für richtig.

Weiter zu den Fragen von Herrn Grossrat Moser. Du hast gefragt, was UMF seien. Was UMA sind, ist klar. UMF sind Asylsuchende Minderjährige, die bereits den Status von Flüchtlingen haben, also den Status B. Wenn sie diesen Status bereits haben, unterstehen sie der Obhut oder der Betreuung der GEF. Alle Asylsuchenden stehen ja zuerst im Verfahren, und währenddessen werden sie entweder in einem Durchgangszentrum oder eben in einem UMA-Wohnheim untergebracht. Wenn dann vom Bund entschieden wurde, welchen Status sie haben, ob Status B oder – als vorläufig aufgenommene Flüchtlinge – Status F, oder ob sie wieder gehen müssen, dann werden sie eigentlich aus den Institutionen der POM ausplatziert und kommen in eine Wohnung, ein Heim, oder eine Familie. Ich könnte mir vorstellen, dass sich die Zahlen des Kantons Zürich eben anders zusammen-

setzen, als bei uns. Du hast es richtig gesagt: Wir hatten am 4. März 432 UMA und 44 UMF. Ich glaube, das sind die Zahlen, die du zitiert hast. Ich bitte Sie, dem Zusatzkredit zuzustimmen.

Präsident. Ich gebe Herrn Moser nochmals das Wort für eine Replik; er wurde von Frau Brunner angesprochen.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Es wurde gesagt, beim Kanton Bern gebe es eine Vollkostenrechnung und beim Kanton Zürich nicht. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass die Kosten der KESB hier nicht inbegriffen sind, denn sie liegen auch in einem anderen Ressort; dies nur zur Klärung.

Präsident. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Kreditgeschäft gemäss dem Antrag von Regierung und SiK zustimmen will, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	91
Nein	43
Enthalten	7

Präsident. Sie haben dem Kreditgeschäft zugestimmt.